

## **Niederschrift**

über die 15. öffentliche Sitzung  
des Gemeinderates

am Donnerstag, dem **26.02.2015**, im **Ratssaal des Rathauses in Sande**

### **Tagesordnung:**

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
2. **Einwohnerfragestunde**
3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 14 vom 18.12.2014**
4. **Erhebung von Gebühren für die Benutzung von kommunalen Kindergärten in der Gemeinde Sande**  
**Vorlage: 012/2015**
5. **Verabschiedung eines Haushaltssicherungskonzepts**  
**Vorlage: 005/2015**
6. **Erlass einer Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015**  
**Vorlage: 004/2015**
7. **Stellungnahmen zum Entwurf und Beschluss der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 45 - Gewerbegebiet Bahnhofstraße Nord -**  
**Vorlage: 017/2015**
8. **Änderung der Satzung über die Benutzung der Freizeitanlage „Sander See“ der Gemeinde Sande**  
**Vorlage: 021/2015**
9. **Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ratsmitglieder

Bürgermeister Stephan Eiklenborg  
Ratsherr Rainer Galli  
Ratsherr Stephan Lange  
Ratsherr Jörg Beutz  
Ratsfrau Christel Bohlen  
Ratsfrau Isabel Bruns  
Ratsherr Frank David  
Ratsherr Folkert Feeken  
Ratsfrau Angela Hoffbauer  
Ratsherr Hermann Kleemann  
Ratsherr Oliver Kohls  
Beigeordneter Matthias Lührs  
Ratsherr Reinhard Oncken  
Ratsfrau Kirstin Pöppelmeier  
Ratsfrau Annika Ramke  
1. stellvertretender Bürgermeister Michael  
Ramke  
Beigeordneter Achim Rutz  
Ratsherr Andreas Schindler  
Beigeordnete Ulrike Schlieper  
Beigeordneter Alexander von Fintel

Verwaltung

Gemeindeoberamtsrat Klaus Oltmann  
Gemeindeoberamtsrat Jürgen Focke  
Gemeindeamtfrau Nadine Stamer als Schriftführerin

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Die Ratsvorsitzende, Beigeordnete Schlieper, eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

2. **Einwohnerfragestunde**

Herr Borchers erkundigte sich zum Bürgerwindpark, weshalb die Bürger nur mit einem vergleichsweise geringen Anteil von 600.000 € an dem Projekt beteiligt werden. Die Verwaltung machte deutlich, dass der Graf freiwillig die Möglichkeit eingeräumt hat, die Bürger am Windpark zu beteiligen und diese Entscheidung als nette Geste zu sehen ist. Zu der Frage,

ob die Möglichkeit weiterer Windparks im Gemeindegebiet besteht, führte die Verwaltung aus, dass im Rahmen der Potenzialstudie zwei geeignete Flächen gefunden wurden, die jedoch im Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP) des Landkreis Friesland als Vorrangflächen für Grünlandbewirtschaftung ausgewiesen und somit nach Ansicht des Kreises für die Windenergienutzung ausgeschlossen sind. Im Rahmen der Aufstellung eines neuen RROP hat die Gemeinde in ihrer Stellungnahme darum gebeten, diese Auffassung zu überdenken. Das Ergebnis der Überprüfung bleibt abzuwarten.

### **3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 14 vom 18.12.2014**

#### **Beschluss:**

Die Fassung der Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

### **4. Erhebung von Gebühren für die Benutzung von kommunalen Kindergärten in der Gemeinde Sande**

#### **Vorlage: 012/2015**

Die SPD-Fraktion führte eingangs aus, dass ihr Entschluss, eine Satzungsänderung zu beantragen, unabhängig von den Haushaltsberatungen zu sehen ist und die Begründung darin liegt, die gesetzlich vorgeschriebene Staffelung der Kindertagesstättengebühren (KiTa-Gebühren) in Sande sinnvoll umzusetzen. Da in der Vergangenheit überwiegend die Höchstbeiträge von den Eltern gezahlt wurden, könnte die neue Staffelung zu Ermäßigungen führen. Es erfolgte überdies der Hinweis zur von der CDU-Fraktion favorisierten schrittweisen Erhöhung der Gebühren, dass diese steuerlich geltend gemacht werden können, wodurch besserverdienende Eltern nicht so hart getroffen werden, wie es auf den ersten Blick scheint.

Von der CDU-Fraktion wurde die bis zu 80 %ige Steigerung in den einzelnen Stufen kritisiert und sich für eine moderate Erhöhung ausgesprochen. Das Zustandekommen des Satzungsentwurfes und das unflexible Verhalten der Mehrheitsfraktion während der vorangegangenen Beratungen widersprechen nach Auffassung der CDU-Fraktion dem Verständnis für Kommunalpolitik, weshalb der vorliegende Satzungsentwurf abgelehnt wurde.

Die Gruppe Grüne/FDP wies darauf hin, dass das Thema einer Satzungsanpassung den Gemeinderat schon länger und häufiger beschäftigt hat. Es wurde ins Gedächtnis gerufen, dass die Eltern mit den Gebühren einen Beitrag zur pädagogischen Arbeit in den Kindertagesstätten leisten. Da die Obergrenze der Gebühren nur von wenigen Bürgern erreicht wird, sieht sich die Gruppe mit der Satzung auf einem guten Weg.

Abschließend führte Bürgermeister Eiklenborg aus, dass die neue Staffe-  
lung der Gebühren gut ist und die 80%ige Steigerung bei einem Mo-  
natseinkommen von 4.000 € netto eine Mehrbelastung von 90 € monatlich  
bedeutet. Er ging davon aus, dass die Betroffenen keine Probleme mit der  
Mehrbelastung haben, da für die Gebühr Qualität geboten wird.

**Beschluss:**

Der Rat der Gemeinde Sande beschließt eine Neufassung der Satzung  
über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von kommunalen Kin-  
dertagesstätten in der Gemeinde Sande mit Wirkung zum 01.08.2015.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen 5 Nein-Stimmen

5. **Verabschiedung eines Haushaltssicherungskonzepts**  
**Vorlage: 005/2015**

**Beschluss:**

Dem vorgestellten Haushaltssicherungskonzept wird unter Berücksichti-  
gung der vorgetragenen und beschlossenen Änderungen zugestimmt.  
Der Rat beschließt gemäß § 110 Abs. 6 NKomVG die Fortschreibung des  
Haushaltssicherungskonzeptes für das Jahr 2015.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen 8 Nein-Stimmen 1 Enthaltung

6. **Erlass einer Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015**  
**Vorlage: 004/2015**

Der Gemeindegemeinderat gab einleitend allgemeine Hinweise zum Inhalt  
des vorliegenden Haushaltsplanentwurfes, hierzu wird auf den als **Anlage**  
beigefügten Redebeitrag verwiesen.

Bürgermeister Eiklenborg bedauerte, dass der Ausgleich des Finanzhaus-  
haltes nur durch die Aufnahme eines Liquiditätskredits möglich ist und  
warnte davor, trotz des Überschusses im Ergebnishaushalt, die Defizite  
der letzten Jahre aus den Augen zu verlieren. Die problematische finan-  
zielle Lage der Gemeinde muss aus Sicht des Bürgermeisters ernsthaft,  
ohne Tabus, angegangen werden, auch im Hinblick auf das aufgrund der  
hohen Schuldenlast bestehende Zinsrisiko. Er appellierte an die Anwesen-  
den, gemeinsam eine konstruktive Lösung zu finden um den Negativtrend  
umzukehren.

Die SPD-Fraktion zeigte sich erfreut, dass sich die Haushaltszahlen von  
der ersten Lesung des Haushalts bis zum vorliegenden Entwurf ohne wei-  
teres Zutun positiv entwickelt haben, nachdem der Bürgermeister zu Be-  
ginn der Beratungen ein düsteres Bild beschrieben hatte.

Die anstehenden Investitionen sollten nicht als Bürde angesehen werden, sondern, da es sich um vernünftige, in die Zukunft gerichtete Projekte handelt, als Teil der Generationengerechtigkeit. Denn nicht nur ausgeglichene Haushalte und Schuldenabbau, auch die Vermeidung von Investitionsstaus in den Bereichen der Daseinsvorsorge müssen nach Ansicht der Fraktion dazu gerechnet werden. Gleichwohl wurde festgestellt, dass aufgrund der Zins- und Tilgungsbelastungen weiterhin keine Luft für eine Wunschliste bleibt.

Die SPD-Fraktion ging auf die Ansätze für die Brandschutzmaßnahmen in den Grundschulen, der Sanierung des Rathauses sowie für die Fortführung der Dorferneuerungsmaßnahmen ein und begründete die Entscheidung, für diese Ansätze einen Sperrvermerk in den Haushalt mit aufzunehmen. Im Falle der Brandschutzmaßnahmen soll der Schulentwicklungsprozess abgewartet werden, bei der Rathaussanierung sind zunächst andere Alternativen zu prüfen und die Fortführung der Dorferneuerung wurde vom Wiederaufleben der Förderung abhängig gemacht.

Im weiteren Verlauf der Haushaltsrede wurde auf die Liste der Konsolidierungsvorschläge der Verwaltung eingegangen, die Gründe für die ablehnende Haltung der Fraktion erläutert sowie Stellung zu den Sparvorschlägen der CDU-Fraktion bezogen ehe abschließend Zustimmung zum vorliegenden Haushalt und zum Haushaltssicherungskonzept signalisiert wurde.

Die CDU-Fraktion zeigte sich enttäuscht, dass ihre Sparvorschläge nicht in den Haushaltsentwurf aufgenommen und teilweise ohne Begründung abgelehnt wurden. Nach Ansicht der Fraktion fehlt es an einer öffentlichen Diskussion über Einsparmöglichkeiten ohne Tabuthemen. Dass Investitionen erforderlich sind, wurde seitens der Fraktion bestätigt, jedoch sind nach ihrer Auffassung hierfür Einsparungen an anderer Stelle von Nöten. Es wird in Sande beobachtet, dass die Zinslast und die Personalkosten weiter steigen, die Einnahmen jedoch nicht, so dass es als gut angesehen wurde, mit einer Aufgabenkritik zu beginnen. Die Fraktion monierte, dass von der SPD-Fraktion im Rahmen der Haushaltsberatungen keinerlei Sparvorschläge unterbreitet wurden und gab ihre Ablehnung zum vorliegenden Haushalt bekannt.

Von der Gruppe Grüne/FDP wurde angeführt, dass das Problem der steigenden Pro-Kopf-Verschuldung angegangen werden muss, da selbst die Überschüsse der vergangenen Jahre nicht die Investitionen der kommenden Jahre decken werden. Beim Umgang mit dem Vorschlag der CDU-Fraktion, eine Straßenausbaubeitragssatzung zu erlassen, wurde die fehlende Flexibilität der Mehrheitsfraktion moniert. Hier wäre nach Ansicht der Gruppe eine stufenweise Einführung sinnvoll gewesen. Auch die vorgeschlagene Nachhaltigkeitssatzung wurde als gute Idee angesehen, die im Ergebnis einiges für den Haushalt bringen würde. In Bezug auf die freiwilligen Ausgaben zweifelte die Gruppe an, dass dieser Ausgabeansatz unterhalb der 3 %-Grenze liegt, da höhere Ausgaben im vorliegenden Haushaltsentwurf zu verzeichnen sind als im letzten Jahr, so dass es sein kann,

dass die Kommunalaufsicht in diesem Punkt noch Kürzungen vorgibt. Insgesamt wurde der Haushaltsentwurf abgelehnt.

**Beschluss:**

Dem Haushaltsplanentwurf 2015 mit Anlagen wird unter Berücksichtigung der bisher beratenen Änderungen zugestimmt. Gemäß § 112 NKomVG beschließt der Rat den Erlass der vorliegenden Haushaltssatzung 2015 sowie die Festsetzung des Investitionsprogramms.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen 8 Nein-Stimmen

7. **Stellungnahmen zum Entwurf und Beschluss der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 45 - Gewerbegebiet Bahnhofstraße Nord - Vorlage: 017/2015**

**Beschluss:**

Der Rat beschließt über die beigefügten Abwägungsvorschläge zu den während des Beteiligungsverfahrens nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Anregungen und Hinweisen.

Der Rat beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juli 2004 (BGBl. I S. 2414) sowie der §§ 10 und 58 Abs. 1 Nr. 5 NKomVG die 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 45 mit der Begründung als Satzung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. **Änderung der Satzung über die Benutzung der Freizeitanlage „Sander See“ der Gemeinde Sande**  
**Vorlage: 021/2015**

**Beschluss:**

Der Rat der Gemeinde Sande beschließt gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 5 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) in der zur Zeit gültigen Fassung den Erlass einer 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung der Freizeitanlage „Sander See“ vom 21.10.1982.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. **Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

- a) Bürgermeister Eiklenborg informierte über die neue Rubrik auf der Homepage, in der ab sofort über Entscheidungen des Gemeinderates berichtet wird.

- b) Ein Ratsmitglied regte für den Fall, dass das 600.000 €-Kontingent des Bürgerwindparks nicht ausgeschöpft wird, an, dass die Gemeinde Sande sich ebenfalls an dem Projekt beteiligt. Die Verwaltung informierte dazu, dass die Nachfrage der Bürgerinnen und Bürger so groß war, dass der Betrag bereits überzeichnet ist.

Nach kurzer Unterbrechung wurde in nichtöffentlicher Sitzung weiter beraten.

Schluss der Sitzung: 18:20 Uhr